

IT-Einsatz in der Berliner Justiz

(Stand: Juli 2010)

1. Überblick

1.1 Ziele des IT-Einsatzes

Gezieltes und systematisches Informationsmanagement ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine effiziente Arbeit in den Gerichten, Strafverfolgungsbehörden und Justizvollzugsanstalten. Informationsmanagement dient der Unterstützung, Beschleunigung und Erleichterung von Geschäftsabläufen und der Automatisierung. Daneben kommt auch der Erleichterung und Verbesserung der internen und externen Kommunikationsbeziehungen der Justiz eine wesentliche Rolle zu. Dank der bestehenden modernen IT-Infrastruktur konnte der elektronische Rechtsverkehr in der Berliner Justiz nunmehr generell eingeführt werden. Als weiterer Schritt wird sich der nutzwertorientierte Ausbau mit bidirektionaler elektronischer Kommunikation und workflow-Management anschließen.

Der Einsatz von Informationstechnik ist für die Funktionsfähigkeit der Berliner Justizbehörden und Gerichte unabdingbar. Auch die notwendige Optimierung bzw. Reorganisation von Geschäftsprozessen ist ohne eine moderne IT-Ausstattung nicht mehr denkbar. An den flächendeckend vernetzten Bildschirmarbeitsplätzen mit Standardfunktionen für Texterstellung, E-Mail, Bürokommunikation, Internetrecherche etc. kommen zur passgenauen informationstechnischen Unterstützung der verschiedenen Fachbereiche leistungsfähige IT-Fachverfahren zum Einsatz.

Stand bis vor wenigen Jahren die flächendeckende Ausstattung mit Bildschirmarbeitsplätzen im Zentrum der Bemühungen, gilt es angesichts der erreichten Vollausstattung die IT-Landschaft zu konsolidieren und für künftige Herausforderungen vorzubereiten.

1.2 Stand der Zielerreichung

In der vergangenen Legislaturperiode konnte das Ziel der Vollausstattung mit Bildschirmarbeitsplätzen erreicht werden.

An diesen Bildschirmarbeitsplätzen wird inzwischen eine Vielzahl von geeigneten IT-Fachverfahren eingesetzt (siehe unter Ziffer 2. Schwerpunkte des IT-Einsatzes).

In den Strafverfolgungsbehörden, der ordentlichen Gerichtsbarkeit, den Fachgerichtsbarkeiten und für die Justizvollzugsanstalten wurden zentrale IT-Stellen geschaffen.

Der Datenaustausch zwischen den Berliner Justizstandorten erfolgt über die vom Land Berlin zur Verfügung gestellte Netzinfrastruktur des MAN.

Anstelle der eigenen Anwendungsentwicklung werden fertige IT-Verfahren genutzt. Beispielhaft sind die in den Fachgerichtsbarkeiten, dem Registergericht, den Grundbuchämtern und in den Justizvollzugsanstalten eingesetzten IT-Fachverfahren zu nennen. Soweit fertige Produkte nicht zur Verfügung stehen, erfolgt die Entwicklung im Verbund mit anderen Bundesländern. Die Berliner Justiz nimmt externe IT-Infrastrukturdienstleistungen über das Informationstechnik-Dienstleistungszentrum des Landes Berlin - ITDZ - in Anspruch. Das ITDZ ist im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit der kompletten Bereitstellung und dem Betrieb der zentralen und dezentralen IT-Infrastrukturen (Server und Endgeräte) betraut.

1.3 Strategien zur weiteren Zielerreichung

Die erfolgreichen Entwicklungs- und Konsolidierungsmaßnahmen sind fortzusetzen. Ein Schwerpunkt wird dabei zukünftig auf der weiteren bereichsübergreifenden Vereinheitlichung bei der Ausstattung und beim Betrieb der IT-Infrastruktur und bei der Nutzung von IT-Basisdiensten bzw. Fachverfahren liegen. Dabei werden insbesondere die in Folge der landesweiten Konsolidierung des IT-Einsatzes für das Land einheitlich bereitgestellten bzw. zukünftig bereit zu stellenden Basisdienste eine maßgebliche Rolle spielen. Ebenso wird das Gutachten berücksichtigt werden, das im Rahmen der von den Justizstaatssekretärinnen und -staatssekretären der Länder und des Bundes forcierten länderübergreifenden Harmonisierung und Standardisierung der informationstechnischen Unterstützung der Geschäftsprozesse in der Justiz erstellt wurde.

2. Fachspezifische Schwerpunkte des IT-Einsatzes

2.1 Querschnittsverfahren

Haushaltswesen/Zahlungsverfahren

Das landesweite Kassenverfahren ProFiskal (jetzt: Neues Berliner Rechnungswesen - NBR) wird in der Justiz für die Haushaltsplanaufstellung und Bewirtschaftung der Haushaltsmittel genutzt.

In den Geschäftsstellen der Gerichte werden damit auch die dort anfallenden Zahlungsvorgänge der Gerichtskosten vereinfacht und beschleunigt erledigt. Außerdem werden im gesamten Geschäftsbereich die Module für die Kosten- und Leistungsrechnung eingesetzt.

In Umsetzung der Ergebnisse des landesweiten Projektes Kassenkooperation wurde die Eigenentwicklung ZABUSYS (Zahlstellenbuchungssystem) durch das Modul Kassenwesen des landesweiten Haushaltsverfahrens ProFiskal in den Zahlstellen der Gerichte und der Justizkasse abgelöst.

Die gemeinsam mit der Landesjustizverwaltung Mecklenburg-Vorpommern entwickelte, spezielle IT-Anwendung für die Hinterlegungsstelle wird ab Mitte des Jahres in den Echtbetrieb gehen.

Das IT-Verfahren AJUKA (Automation der Justizkasse) wird weiterhin als gemeinsames Schnittstellenprogramm sämtlicher Justizfachverfahren kassenspezifische Justizdaten vor der Übergabe in das Landesverfahren ProFiskal zusammenführen. AJUKA ermöglicht über Schnittstellen zu den Justizfachverfahren eine umfassende elektronische Sollstellung ohne manuellen Erfassungsaufwand.

Personalwesen

Das Landesverfahren IPV (Integrierte Personalverwaltung) wird in Umsetzung der Ergebnisse der Projekte „Landesämter“ (landesweite Zusammenfassung gleichartiger Serviceaufgaben in einem Servicebereich) und „Justizreform“ (Schwerpunkt: Dezentralisierung der Fach- und Ressourcenverantwortung auf die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden) mit den Modulen „Personalservice“ und „Stellenwirtschaft“ mit differenzierten Zugriffsmöglichkeiten in allen Dienstbehörden des Geschäftsbereiches der Senatsverwaltung für Justiz eingeführt.

Außerdem wird der Stellenplan mit dem Modul „Stellenplanung“ erstellt.

Im Aus- und Fortbildungsbereich der Präsidentin des Kammergerichts werden die Module „Bewerberverwaltung“, „Personalservice“ und „Veranstaltungsmanagement“ derzeit in einem workflow-orientierten Probe-Echt-Betrieb genutzt.

Dokumentenmanagement

Die Senatsverwaltung für Justiz beteiligte sich an dem strategischen Landesprojekt SIDOK (Informations- und Dokumentationssystem des Senats) und arbeitet an den Rahmenbedingungen zur Einführung eines landesweiten einheitlichen DOMEA-zertifizierten Vorgangsbearbeitungssystems mit. Das landesweit für die Vorbereitung der Senatssitzungen zu nutzenden IT-Verfahrens SIDOK wird derzeit im Probe-Echt-Betrieb eingesetzt.

Die seit 2008 in der Senatsverwaltung für Justiz installierte Dokumentenmanagementsoftware VISkompakt der Fa. PDV wird für die Verwaltung der Papierakten und Aktenrecherche genutzt. Im Rahmen eines Projekts soll 2010/2011 die Umstellung von der Papierakte auf eine elektronische Aktenbearbeitung vorbereitet, entwickelt und durchgeführt werden. Es wird im Vorfeld zu analysieren sein, für welche Aufgabengebiete sich eine elektronische Aktenbearbeitung eignet und sinnvoll ist.

Justiz im Internet

Das virtuelle Stadtinformationssystem unter www.berlin.de ist eines der umfangreichsten und meistgenutzten Stadtportale in Deutschland. Das innerhalb dieses Landesauftritts unter www.berlin.de/justiz liegende Informationsangebot der Berliner Justiz verzeichnet ein großes Interesse. Das Angebot steht weitgehend barrierefrei zur Verfügung.

Im November 2005 haben die Kabinette der Länder Berlin und Brandenburg gemeinsam beschlossen, für die Auftritte "gemeinsamer Einrichtungen und Behörden sowie für gemeinsame Aktionen, Projekte etc." ein "einheitliches Erscheinungsbild" erarbeiten zu lassen. In Umsetzung dieses Beschlusses haben die beiden Staatskanzleien die Internetplattform www.berlin-brandenburg.de geschaffen.

Unter Federführung des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg wurde in Zusammenarbeit mit der Juris GmbH im Jahre 2008 eine Entscheidungsdatenbank aller Gerichte aus Berlin und Brandenburg aufgebaut und befindet sich als kos-

tenloser Bürgerservice im Internet (www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de).

Infoportal

Für den gesamten Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Justiz wurde ein einheitliches Infoportal zur Verfügung gestellt.

Ziel des Gesamtvorhabens war es, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zum Justizressort gehörenden Gerichte und Behörden umfassende Informationen zur Unterstützung der Aufgabenerledigung im Sinne eines übergreifenden Intranets zur Verfügung zu stellen. Dabei wurden die bestehenden "Hauslösungen" sämtlich in das Infoportal überführt, sofern nicht eine Aufrechterhaltung aus besonderen Gründen unbedingt notwendig war. Auch die noch in Papierform vorliegenden Sammelakten wurden digitalisiert und in das Intranet überführt.

Seit Anfang 2010 sind alle 33 Dienststellen der Berliner Justiz in das InfoPortal integriert.

Übersicht der Dienststellen:

- Senatsverwaltung für Justiz
- Ordentliche Gerichtsbarkeit (13 Dienststellen / 15 Standorte)
- Fachgerichtsbarkeit (4 Dienststellen)
- Strafverfolgungsbehörden (3 Dienststellen)
- Justizvollzug (11 Dienststellen)
- Soziale Dienste der Justiz

Im Sinne eines umfassenden Informationsangebotes sind die gemeinsamen Fachobergerichte Berlins und Brandenburgs in enger Abstimmung beider Länder ebenso in das Portal aufgenommen worden, wie die nicht zum Justizressort gehörende Arbeitsgerichtsbarkeit.

Es werden halbjährlich Redaktionskonferenzen mit den Chefredaktionen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Fachgerichte, der Strafverfolgungsbehörden und der Justizvollzugsanstalten unter Leitung von SenJust zur Sicherstellung der Datenqualität und der -quantität durchgeführt. Zur Vorbereitung dieser Konferenzen und als ständiges Begleitgremium wird eine „Arbeitsgruppe Qualitätssicherung“ eingesetzt.

Nach umfassender Einstellung aller Inhalte der beteiligten Dienststellen (voraussichtlich Mitte 2010) werden verschiedene Maßnahmen der Verbesserung der optischen Umsetzung durch ein externes Designunternehmen und die Erstellung von eigenen Graphiken für die einzelnen Kategorien in modernem Design geprüft.

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit der Länder Berlin-Brandenburg wird in den Folgejahren ein gemeinsames „Infoportal der Berlin-Brandenburger Justiz“ angestrebt.

Berliner Rechtsvorschriften im Intranet

Die von der Senatsverwaltung für Justiz durch den Kulturbuch-Verlag GmbH Berlin (www.kulturbuchverlag.de) herausgegebenen Berliner Rechtsvorschriften (BRV) – Amtliche Sammlung – werden im Internet und im Berliner Landesnetz (Intranet) kostenlos zur Verfügung gestellt.

Unter www.berlin.de/justiz/service/service.html bzw. über die obige Internet-Adresse sind auch das Amtsblatt- sowie das Gesetz- und Verordnungsblatt einsehbar.

Juristische Informationssysteme

Alle Justizeinrichtungen haben Zugriff auf die wichtigsten Datenbanken der juris GmbH, die ordentliche Gerichtsbarkeit, die Strafverfolgungsbehörden und der Justizvollzug auch auf das Informationsmedium beck-online. Der Zugriff ist auch vom häuslichen Arbeitsplatz der Richter/innen und Staatsanwälte/ Staatsanwältinnen möglich.

2.2 Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt (GJPA) Berlin-Brandenburg

Das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt (GJPA) Berlin-Brandenburg nutzt seit dem Jahreswechsel 2007/ 2008 das speziell auf die Unterstützung der Arbeitsabläufe des Amtes in den Staatsprüfungen zugeschnittene elektronische Datenverarbeitungsprogramm „Progreso“.

Die Softwarelösung wurde auf der Grundlage eines zunächst in Sachsen entwickelten, in Thüringen erweiterten Programms, auf die Bedürfnisse des gemeinsamen juristischen Prüfungsamtes angepasst und in der Funktionalität wesentlich erweitert. In Mecklenburg–Vorpommern und Sachsen-Anhalt wurden zeit-

gleich Programme eingeführt, die aus der gleichen Grundstruktur entwickelt wurden.

Die Software erfasst sämtliche Kandidaten- und Prüferdaten, erstellt selbständig die im Laufe des Prüfungsverfahrens erforderlichen Schriftstücke bis hin zu den Examenszeugnissen und ermöglicht neben den fest vorgesehenen statistischen Auswertungen eine Vielzahl individuell bestimmbarer Abfragen. Die Verfahrensabläufe konnten so gestrafft, die Fehleranfälligkeit in den einzelnen Verfahrensschritten deutlich reduziert werden.

2.3 Ordentliche Gerichtsbarkeit

Im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit kommen aufgrund der Aufgabenvielfalt verschiedene Fachverfahren zum Einsatz, von denen einige in den nächsten Jahren abgelöst werden müssen.

Neues Leitverfahren für die ordentliche Gerichtsbarkeit – forumSTAR

Ende 2009 ist Berlin dem Länderverbund forumSTAR beigetreten. Dem ging der Entschluss voraus, die bestehende eigene IT-Anwendung AULAK durch die Anwendung forumSTAR abzulösen, da die Basistechnik des bestehenden Fachverfahrens nicht mehr zeitgemäß und vor allem nicht mehr zukunftssicher war.

Gemeinsam mit Brandenburg wurde in einem Vorprojekt untersucht, welche technischen, fachlichen und wirtschaftlichen Implikationen eine Einführung von forumSTAR für die ordentliche Gerichtsbarkeit der Länder Berlin und Brandenburg mit sich bringen wird. Die bereits laufende Einführung von forumSTAR in anderen Bundesländern zeigt, dass die Umstellung von über 3000 Anwendern der Berliner Gerichte mit den verschiedenen Modulen für die unterschiedlichen Fachbereiche sorgfältig geplant werden muss. Es müssen erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen bereit gestellt werden, um diese Einführung in einem Zeitraum von mindestens 5 Jahren umsetzen zu können.

Künftig müssen die Anpassungen an eine neue Rechtslage nicht mehr von Berlin allein finanziert werden, sondern gemeinsam im Länderverbund mit Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, wobei weitere Bundesländer die Einführung von forumSTAR vorbereiten.

AULAK

AULAK (Automation des Landgerichts, der Amtsgerichte und des Kammergerichts), die für die ordentliche Gerichtsbarkeit entwickelte Ausprägung des länderübergreifenden Justizfachverfahrens Trijus, wird in Berlin im Zivilprozess, in Familiensachen, Strafsachen, der Zwangsvollstreckung, den Verbraucherinsolvenzen und Beratungshilfeverfahren eingesetzt. Es verfügt über ein komfortables automatisiertes Formularwesen. Alle Anwender eines Gerichts nutzen eine gemeinsame Datenablagestruktur zur Speicherung verfahrensrelevanter Dokumente. AULAK ist modular aufgebaut. Für die unterschiedlichen Gerichtszweige (Zivilprozess inkl. Familiensachen, Strafprozess, FGG) existieren eigene, jedoch für die Pflege von Stammdaten und Zugriffsrechten gemeinsame, Module. Die Oberflächen sind einheitlich gestaltet.

Adressdaten, das Große Rubrum usw. werden automatisch erstellt und in das Schriftgut eingefügt. Über eine Schnittstelle in AULAK besteht die Möglichkeit, mittels automatisierter Textvorlagen (Makrosteuerung) Schriftgut erstellen zu lassen. Ein großer Teil des Schreibwerks kann so direkt von dem jeweiligen Bearbeiter erstellt werden, ohne dass dieser einen Schreibdienst in Anspruch nehmen muss. Neben den Verfügungsformularen stehen weitere Tools bereit, z.B. Zählkarten, Statistiklisten usw. Im Jahr 2009 ist AULAK erfolgreich an die Erfordernisse des FamFG angepasst worden. Das Modul AULAK-FGG (Vormundschaftssachen) wird seit Frühjahr 2010 in Berlin flächendeckend eingesetzt. Im Bereich der Nachlasssachen soll der Pilotbetrieb im III. Quartal 2010 beginnen.

AUREG

Die Länder Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Bremen entwickeln und betreiben das Fachverfahren AUREG (Automation des Handelsregisters) zur Führung des elektronischen Handels-, Partnerschafts-, Genossenschafts- und Vereinsregisters. Aus ihm erfolgt die Registerauskunft. Im Amtsgericht Charlottenburg, dem Berliner Registergericht, wurde der Echtbetrieb von AUREG im Juni 2004 aufgenommen. Handelsregister (HR A und B), Genossenschafts- und Partnerschaftsregister sowie das Vereinsregister sind vollständig auf die elektronische Registerführung umgestellt. Seit Juni 2006 betreibt das Rechenzentrum von Dataport (Bremen und Hamburg) die Registerserver im Verbund der vier Länder. Das Berliner Registergericht ist über eine WAN-Verbindung des ITDZ Berlin angebunden. Die Online-

Auskunft aus den Berliner Registern ist seit August 2006 möglich. Mit Inkrafttreten des EHUG zum 1. Januar 2007 finden Anmeldungen zum Handelsregister und das Einreichen von Unterlagen elektronisch statt. Die Akten werden ausschließlich elektronisch verarbeitet. Über das Gemeinsame Registerportal der Länder (www.handelregister.de) in der aktuellen Ausbaustufe III stellt AUREG Ausdrücke, Dokumentenansichten und Veröffentlichungen zum Abruf bereit. Die gemeinsame, harmonisierte Entwicklung der Länder auf der Basis existierender Standards trägt dem Ziel Rechnung, den Betrieb und die Weiterentwicklung der Anwendung möglichst kostengünstig zu realisieren. Die Anforderungen aus dem Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) sind zwischenzeitlich programmtechnisch umgesetzt.

Elektronischer Rechtsverkehr

AUREG war das Pilotvorhaben der Berliner Justiz für den elektronischen Rechtsverkehr.

Zum 1. Januar 2010 wurde aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse und auf der Basis des Produkts EGVP flächendeckend der elektronische Rechtsverkehr - mit Ausnahme von Grundbuchsachen - in der gesamten Berliner Justiz zu allen Gerichten und Strafverfolgungsbehörden eröffnet.

KIKO

Seit 1998 wird die Anwendung zur Automationsunterstützung der Konkurskartei an die Erfordernisse des Insolvenzverfahrens eingesetzt. Unter dem Namen KIKO (Kartei für Insolvenz- und Konkursachen) unterstützt es die Bearbeitung sowohl der Unternehmens- als auch der Verbraucherinsolvenzen im AG Charlottenburg. Im Rahmen des notwendig gewordenen Wechsels zu einer zukunftsorientierten und modernen Fachanwendung wird derzeit untersucht, ob das Insolvenzmodul des neuen Leitverfahrens der Berliner ordentlichen Gerichtsbarkeit ForumSTAR das Altverfahren KIKO ablösen kann.

AUMAV

Mit der Anwendung AUMAV – Automation des gerichtlichen Mahnverfahrens – werden die im zentralen Mahngericht eingehenden Anträge auf Erlass von Mahnbescheiden (derzeit ca. 530.000 Anträge jährlich) weit überwiegend maschinell bearbei-

tet; dabei werden über 70 % auf verschiedenen Wegen elektronisch übermittelt. Die Verfahrenssteuerung und Datenhaltung erfolgen durch das bundeseinheitliche Programmsystem zu über 95 % papierlos. Die erlassenen Bescheide und Nachrichten werden über spezielle Poststraßen zentral versandfertig vorbereitet. Das automatisierte Mahnverfahren ist seit Oktober 2003 um das Verfahren zur Stellung von Mahnanträgen im Internet (Online-Mahntrag = interaktives Mahnbescheidsformular mit umfassenden Plausibilitätsprüfungen und Hilfsfunktionen – ProfiMahn = Abwicklung der gesamten Kommunikation mit den Mahngerichten in elektronischer Form durch den Antragsteller) ergänzt worden. Das Amtsgericht Wedding in Berlin ist seit dem 1. Juli 2006 Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg und zuständig für sämtliche Mahnverfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit beider Länder. Seit dem 12. Dezember 2008 ist das Amtsgericht Wedding auch für die Mahnverfahren zuständig, deren Antragsteller keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland haben (vormals Amtsgericht Schöneberg).

EU-Mahnverfahren

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 (ABl. L 399/1R) wurde zum 12. Dezember 2008 das Europäische Mahnverfahren eingeführt. Es gilt in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks. Berlin hat sich auf Wunsch der Bundesländer dazu bereiterklärt, alle Verfahren (Ausnahme: arbeitsrechtliche Forderungen) beim Amtsgericht Wedding in Berlin konzentriert zu bearbeiten.

Unter der Federführung der Berliner Justiz wurde in Zusammenarbeit mit Österreich die Grundversion einer IT-Fachanwendung entwickelt, die sich zum Einsatz in der gesamten EU eignet. Dienstleistungspartner ist das Unternehmen IBM, auf dessen Erfahrung bei der Entwicklung der Anwendung für das nationale österreichische Mahnverfahren zurückgegriffen werden konnte. Sowohl für die Erstellung der Grundversion als auch zum Ausbau des Fachverfahrens und zur Realisierung der elektronischen Antragstellung (Version 2.0) hat Berlin bereits Fördergelder von der EU erhalten. Frankreich hat signalisiert, ab der Realisierung der Version 2.0 dem Verbund beizutreten.

Im Jahr 2009 sind rund 2.260 Anträge auf Erlass eines Europäischen Zahlungsbefehls beim Amtsgericht Wedding eingegangen. Dabei zeichnet sich eine stetig steigende Tendenz ab.

Die Europäische Kommission hat in ihrer 5. European Ministerial Conference on eGovernment am 19. November 2009 in Malmö zum 4. Mal den European eGovernment Award 2009 verliehen. In der Kategorie „eGovernment supporting the Single Market“ hat das Europäische Mahnverfahren (European Order for Payment Application; kurz EU-OPA) den ersten Preis für das beste IT-Fachverfahren erhalten.

Das Amtsgericht Wedding ist zudem in seiner Eigenschaft als Europäisches Mahngericht Deutschland assoziierter Partner beim Projekt „Concept for Cross border Electronic Filing and Delivery for the European Payment Order (on the basis of the German und Austrian implementation)“. Partnerländer der Arbeitsgruppe zur Einbindung des elektronischen Rechtsverkehrs in länderübergreifende Projekte sind Österreich, die Niederlande und Nordrhein-Westfalen (EGVP).

SCHUV

Mit dem Projekt SCHUV wurde das bei dem Amtsgericht Schöneberg geführte Zentrale Berliner Schuldnerverzeichnis automatisiert. Die einzelnen Amtsgerichte führen keine örtlichen Schuldnerverzeichnisse mehr. Sie sind online mit dem Zentralverzeichnis verbunden. Seit dem 27. April 2008 wurde in Berlin das automatisierte Abrufverfahren bei dem zentralen Schuldnerverzeichnis eingeführt. Finanzämter, Vollstreckungsbehörden und Staatsanwaltschaften haben so die Möglichkeit, zur pflichtgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben einen lesenden Zugriff auf die Daten des zentralen Schuldnerverzeichnisses zu erlangen. Sowohl die vom Gesetzgeber vorgesehenen Änderungen im Vollstreckungswesen als auch die sich dynamisch entwickelnden Anforderungen der gerichtlichen Praxis z.B. elektronischer Rechtsverkehr und Datenaustausch mit Behörden, Gerichten, Gerichtsvollziehern, Dritten) machen nicht nur aus technischer, sondern auch aus funktioneller Sicht eine baldige Ablösung des Fachverfahrens nötig. In Frage kommende Lösungsansätze werden derzeit bundesweit untersucht.

TESTAM

Im Projekt TESTAM wurde die beim Amtsgericht Schöneberg geführte Hauptkartei für Testamente (so genanntes „Ersatzstandesamt“) automatisiert. Hierzu wurde ein Großteil des Karteikartenbestandes digitalisiert und für die Auskunftserteilung sowie

Bearbeitung über die Fachanwendung verfügbar gemacht. Die Anwendung verwaltet insgesamt ca. 3 Millionen Datensätze. Der Datenbestand wächst jährlich um ca. 30.000 Neueinträge an. Die Digitalisierung der Hauptkartei für Testamente und verschiedene organisatorische Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Bearbeitung der täglich etwa 2.000 eingehenden Mitteilungen über einen Sterbefall zeitnah abgearbeitet werden können. Im Rahmen der Schaffung eines Zentralen Testamentsregisters bei der Bundesnotarkammer wird die Hauptkartei für Testamente übertragen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist bereits in den Bundesrat eingebracht worden.

SolumSTAR

Die Einführung des maschinell geführten Grundbuchs wurde mit dem Projekt SolumSTAR (Solum = lat. Grund + Boden, STAR = System für Textverarbeitung, Archivierung und Recherche) bis Ende 2000 vollzogen. Derzeit befindet sich die Folgeversion 2.18 im Einsatz. Seit März 2000 werden in Berlin externe Kunden wie Notare oder Banken zum automatisierten Grundbuch-Abrufverfahren zugelassen. Hierzu wird das Verfahren SolumWEB auf Basis einer ISDN-Leitung eingesetzt. Der Abruf über das Internet ist in Vorbereitung und wird im Laufe des Jahres 2010 eingeführt. Die für den Betrieb des elektronischen Grundbuchs in den Grundbuchämtern erforderliche informationstechnische Ausstattung sowie deren Wartung und Pflege wird im Rahmen einer „public-private-partnership“ von einem Investor privat finanziert. Dieser refinanziert sich aus dem an ihn abgetretene Gebührenaufkommen aus den automatisierten Grundbuchabrufen. In Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wurde ein automationsgestütztes Verfahren zum Abgleich von Liegenschaftskataster und Grundbuch eingeführt. Während das Projekt zur Einführung des Verfahrens Mitte des Jahres 2008 abgeschlossen werden konnte, dauern die Arbeiten für den Erstdatenabgleich noch bis Anfang 2011 an.

Berlin beteiligt sich außerdem gemeinsam mit allen anderen Bundesländern am bundesweiten Projekt „Neuentwicklung eines datenbankgestützten Grundbuchs“. Dieses Projekt hat die Entwicklung eines Verfahrens zur Bearbeitung, Speicherung und Darstellung eines rechtsgültigen Grundbuchs in vollständig strukturierter elektronischer Form unter Ablösung des derzeitigen Fachverfahrens SolumSTAR zum Ziel. Das Projekt befindet sich derzeit in der Ausschreibungsphase zur Fertigstellung des Fachfeinkonzepts und zur Systemerstellung. Im Rahmen der Neustrukturierung der

Amtsgerichte wurden im Februar dem Amtsgericht Charlottenburg wieder Grundbuchgeschäfte übertragen. Im Jahr 2010 werden ferner auch wieder Grundbuchämter in den Amtsgerichten Mitte und Neukölln eingerichtet. Somit erhöht sich die Anzahl der grundbuchführenden Amtsgerichte im Laufe des Jahres 2010 von 6 auf 9 Standorte.

2.4 Fachgerichtsbarkeiten

Der erfolgreichen Fusion der Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg folgend, sollen zukünftig einheitliche Fachverfahren in allen Fachgerichtsbarkeiten beider Länder zum Einsatz kommen. Die Grundlage hierfür wurde durch die BLK-Arbeitsgruppe „Vereinheitlichung der Fachverfahren für die Fachgerichtsbarkeiten“ geschaffen. Diese evaluierte auf der Grundlage eines Beschlusses der Amtschefs aller Bundesländer und des Bundesministeriums der Justiz sämtliche hierfür in Frage kommenden Justiz-Fachverfahren.

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Im Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg und Verwaltungsgericht Berlin werden alle Geschäftsbereiche durch den Einsatz zeitgemäßer Informationstechnologie an vernetzten PCs unterstützt. Für Büroanwendungen und Spracherkennung wird Standardsoftware eingesetzt. Als Fachanwendung kommt im Verwaltungsgericht hd-georg bzw. hd-solon und ab Mitte 2010 GOŞA zum Einsatz. Im Oberverwaltungsgericht wurde GOŞA bereits im April 2010 eingeführt. Es handelt sich um die Weiterentwicklung von hd-georg auf Basis offener Standards. GOŞA ging aus einer Vergleichsstudie zur Harmonisierung der Fachverfahren, die im Auftrag der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz durchgeführt wurde, als „Testsieger“ hervor.

Arbeitsgerichtsbarkeit

Das in Berlin angesiedelte gemeinsame Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg und das im gleichen Gebäude befindliche Arbeitsgericht Berlin haben eine gemeinsame IT-Infrastruktur. Windows 2003-Server sowie Linux-Server bilden die zentralen Komponenten.

Auf den ca. 320 Arbeitsplatz-PCs unter dem Betriebssystem Windows XP wird neben den Office-Produkten (Microsoft-Office 2002) als Fachanwendung das Geschäftsstellenverwaltungsprogramm TRIJUS-Fach der Ismaninger Firma EM Software GmbH eingesetzt. Dem Programm liegt seit dem Frühjahr 2009 eine MaxDB-Datenbank zugrunde. MaxDB ist eine kostenlose, von der Fa. SAP betreute professionelle Datenbank. Mit TRIJUS-Fach werden allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vielfältige Verfahrensinformationen sowie sämtliche individuell gestaltbaren Formulare zur Verfügung gestellt. TRIJUS-Fach verfügt über zahlreiche weitere Funktionen wie die automatisierte Geschäftsverteilung in zahlreichen Varianten, die Verwaltung der ehrenamtlichen Richter, die Personalverwaltung einschließlich z.B. der Ermittlung von Bereitschaftsdiensten. Für die Richterinnen und Richter gibt es dazu einen integrierten Richterarbeitsplatz. TRIJUS-Fach ist für den elektronischen Rechtsverkehr und die Einbindung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) vorbereitet. Die Einführung von TRIJUS-Fach in den Brandenburger Arbeitsgerichten im Jahre 2008/09 wurde vom Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg intensiv unterstützt.

Digitale Diktiergeräte (Philips DPM 9360) sowie dazugehörige Schreibplätze mit der SpeechExec Wiedergabesoftware stehen ebenso in ausreichender Zahl zur Verfügung wie Lizenzen der Spracherkennungssoftware der Fa. Nuance „Dragon Naturally Speaking 10.1 Legal Version“.

Über ein hausintern betriebenes Intranet sind bislang an jedem Arbeitsplatz zahlreiche interne und externe Informationsquellen verlinkt erschlossen. Die Arbeitsgerichtsbarkeit in Berlin beteiligt sich auch am Infoportal der Berliner Justizverwaltung, welches in Kürze eine Ablösung der hausinternen Intranets nach sich ziehen soll. Diese Beteiligung dient auch dem Informationsaustausch mit den Brandenburger Arbeitsgerichten.

Allen Richterinnen und Richtern, allen Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern sowie bei Bedarf an weiteren Arbeitsplätzen (z.B. Bibliothek, Verwaltung) stehen die Informationssysteme Juris (einschließlich dem Gesetzesportal), beck-online und Arbeitsrecht-Digital (Luchterhand) zur Verfügung. Alle Richterinnen und

Richter verfügen darüber hinaus über einen uneingeschränkten Internet-Zugang zur dienstlichen Nutzung.

Für die Bibliothek der Gerichte für Arbeitssachen wurde eine neue Software entwickelt, mit der, basierend auf der Datenbank MaxDB, nicht nur die Arbeit der Bibliothek mit Bestellungen, Rechnungsverwaltung usw. erledigt wird, sondern über den gesamten Bestand der Bibliothek einschließlich tausender Tarifverträge recherchiert werden kann. Nachdem in einem ersten Schritt alle Tarifverträge seit dem Jahre 2002 eingescannt wurden, werden diese pdf-Dokumente derzeit in einem zweiten Schritt mit dem Datenbankbestand verknüpft, so dass zukünftig nach einer Recherche im Bestand auch sofort der Text des Tarifvertrages anzuzeigen sein wird.

Seit dem 1.8.2008 wird nach einem gemeinsamen Beschluss der Senatsverwaltungen für Integration, Arbeit und Soziales sowie der Senatsverwaltung für Justiz Berlin und dem Ministerium der Justiz Brandenburg eine für Bürgerinnen und Bürger im Internet kostenlos abrufbare Entscheidungssammlung in Zusammenarbeit mit der Juris GmbH (www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de) angeboten. Die Federführung bei diesem Bürgerservice, der mittlerweile über ca. 13.000 Entscheidungen verfügt, hat das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg stellvertretend für die 65 Gerichte in Berlin und Brandenburg, was neben anderen Aufgaben durchschnittlich die Beantwortung mindestens einer Anfrage aus dem In- und Ausland täglich bedeutet.

Im Rahmen eines im Jahre 2009 begonnenen Projektes wird eine weitgehende Migration sämtlicher eingesetzter Software auf OpenSource-Produkte angestrebt. Entsprechend wird derzeit bereits an allen Arbeitsplätzen anstelle des Internet Explorers der Browser Firefox in der Version 3.6.3 und alternativ zu den Microsoft-Office-Produkten Open Office.org in der Version 3.1 angeboten. In verschiedenen Arbeitsbereichen wird das Mailprogramm Thunderbird, Version 2 und die Collaboration Software eGroupware in der Version 1.6 sowie eine OSS-Verschlüsselung mit TrueCrypt eingesetzt. Zugleich wird zurzeit ein Knowledge-Management mit MediaWiki (derzeit Version 1.15.4) aufgebaut.

Neben der Migration auf OpenSource-Produkte ist die Einführung der elektronischen Akte ein künftiger strategischer Schwerpunkt. In einem ersten Schritt dahin kann seit dem 1. April 2010 mittels des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs EGVP mit den Gerichten für Arbeitssachen in Berlin kommuniziert werden.

Sozialgerichtsbarkeit

Im Sozialgericht Berlin sind zurzeit ca. 320 Arbeitsplätze mit moderner Informationstechnik ausgestattet, die in einem hausinternen LAN miteinander vernetzt sind.

Fast flächendeckend ist im richterlichen Dienst das digitale Diktiersystem der Firma Grundig eingeführt.

Über das hausinterne Intranet stehen allen Mitarbeitern hausinterne Mitteilungen, spezielle hausinterne Listen und elektronisch verwaltete Musterdokumente zur Verfügung. Für alle weiteren Informationen ist nun auch für das Sozialgericht eine Präsentation im Infoportal der Berliner Justiz eingerichtet, auf das alle Mitarbeiter Zugriff haben. Für die richterliche Arbeit sowie auch für die Tätigkeit der Kostenbeamten stehen die Informationssysteme JURIS und beck-online zur Verfügung. Darüber hinaus verfügen die Richterarbeitsplätze und einige weitere Funktionsträger über einen Internetzugang.

Als Geschäftsstellenverwaltungsprogramm wird das 1992 speziell für die Sozialgerichtsbarkeit entwickelte Programm LISA eingesetzt. Als Datenbanksystem wird Informix 10.0 eingesetzt. LISA besitzt ein für die Erfassung der zahlreichen Neueingänge unentbehrliches Pooling-System sowie ein Verwaltungssystem, in dem sich der Geschäftsverteilungsplan des Sozialgerichts abbilden lässt. Neben der Bearbeitung von Gutachtaufträgen gemäß §§ 106, 109 SGG und dem umfangreichen Sitzungsdienst steht das Programm auch für richterliche Arbeit zur Verfügung. Für Urteile, Gerichtsbescheide und Beschlüsse liegen fertige, einheitlich gefasste Dokumente vor, die Rubren hierfür werden automatisch erstellt. Die Erfassung der Streitgegenstände und die Erstellung entsprechender Statistiken ist möglich. Die Sachbearbeiter in den Serviceeinheiten verwenden ein den Karteikarten entlehntes Aktenstellensystem und eine Historie hierüber über den Aktenstandort. Ebenso erfolgt die Fristenverwaltung über dieses Programm.

Gleichwohl wird eine baldige Ablösung des nicht in allen teilen heutigen Erfordernissen genügende Programm angestrebt.

Finanzgerichtsbarkeit

Das Finanzgericht Berlin ist zum 1. Januar 2007 im gemeinsamen Finanzgericht der Länder Berlin und Brandenburg in Cottbus aufgegangen und wird seither informationstechnisch durch das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg betreut.

2.5 Strafverfolgungsbehörden

Die Strafverfolgungsbehörden Berlins sind seit 2003 vollständig mit vernetzten Bildschirmarbeitsplätzen ausgestattet. Auf den 1.329 Arbeitsplätzen werden den Sachbearbeitern je nach Aufgabengebiet die Softwareprodukte ASTA - Automatisiertes Staatsanwaltschaftliches Auskunftssystem - und JUKOS - System zur elektronischen Unterstützung der Geldstrafen- und Kostenvollstreckung oder Büroanwendungen (MS-Office, Star-Office) mit Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, lokaler Datenbank und E-Mail angeboten. Darüber hinaus steht das Informationssystem IStA zur Verfügung mit Gesetzes- und Verordnungstexten, juris und einer hausinternen Intranet-Informationsplattform. Die informationstechnische Infrastruktur wird mit Hilfe der Software Citrix MetaFrame in der Architektur "server-based-computing" (SBC) mit leistungsfähigen Applikations-, File- und Datenbankservern im sog. Back-Office und Thin Clients an den Arbeitsplätzen betrieben.

Berlin wird Mitte 2010 dem Entwicklungsverbund MESTA beitreten. Mit MESTA werden die Berliner Strafverfolgungsbehörden die Fachverfahren ASTA und JUKOS ablösen. Die Einführung von MESTA ist für den Jahresbeginn 2012 vorgesehen.

2.6 Justizvollzug

Seit dem 1. Januar 2008 besteht die Zentrale IT-Stelle der Berliner Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz (ZIT) mit Sitz in der JVA Charlottenburg als zentraler Dienstleister für den Betrieb der Informationstechnik in den Berliner Justizvollzugsanstalten und den Sozialen Diensten der Justiz.

Der Aufgabenschwerpunkt der Zentralen IT-Stelle liegt in der Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der Bildschirmarbeitsplätze und der Administration der in den Justizvollzugsanstalten und bei den Sozialen Diensten der Justiz eingesetzten IT-Fachverfahren. Darüber hinaus werden IT-Arbeitsplätze für Inhaftierte betreut bzw. überwacht (z.B. diverse Learning-Projekte des RESO-Nordverbundes der Justizvollzugsanstalten).

Die Gewährleistung der Sicherheit des Datennetzes sowie die Bereitstellung moderner Datenkommunikation gehören ebenso zum Aufgabenspektrum der ZIT wie die Beschaffung der für die angeschlossenen Behörden erforderlichen Hard- und Software sowie Verbrauchsmaterialien.

Überdies obliegt der ZIT die Beratung der angeschlossenen Behörden in Fragen der strategischen und operativen Planung des Informationsmanagements.

Sämtliche rund 2.100 im Zuständigkeitsbereich der Zentralen IT-Stelle der Berliner Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz (ZIT) befindlichen IT-Arbeitsplätze sind nunmehr mit mindestens Windows XP sowie MS Office 2003 inklusive MS Exchange-Zugang ausgestattet. Der Einsatz von MS Sharepoint befindet sich derzeit in der Ausbauphase.

Im vergangenen Jahr wurde weiterhin die Umstellung auf ein einheitliches Firewall- sowie ein zentral administriertes Backup- sowie Virenschutz-System abgeschlossen. Weiterhin wurde das Ziel einer gemeinsamen Domäne für den Berliner Justizvollzug und die Sozialen Dienste der Justiz weiter verfolgt und nahezu abgeschlossen.

Die Abwicklung des nunmehr flächendeckenden Internet- und Mail-Angebotes wird durch strategisch platzierte Web- respektive Mail-Gateways realisiert und sicherheitstechnisch überwacht.

Die Voraussetzungen für die Virtualisierung wurden zwischenzeitlich ebenfalls mit der Einführung von SAN-Technologie in der ZIT geschaffen. Zurzeit erfolgt die schrittweise Virtualisierung diverser Server-Systeme.

Im Jahr 2009 wurde das technische Fundament für das Fachverfahren Basis Web (Buchhaltungs- und Abrechnungssystem im Strafvollzug) durch neue und leistungsfähigere Hardware stabilisiert und die Ausfallsicherheit erhöht. Insbesondere konnte das Verfahren auf neue Versionen der Oracle-Datenbank und des Betriebssystems umgestellt werden. Das Programm DrägerDSM der Firma DrägerSafety zur automatisierten Dienstplanerfassung und -abrechnung wurde ebenfalls um diverse Module erweitert.

Folgende Fachverfahren wurden mit Abschluss der Pilotphase erfolgreich in den Echtbetrieb überführt:

- NEXUS-Web (IT-Unterstützung der betrieblichen Arbeitsabläufe in den Arbeitsbetrieben der Vollzugseinrichtungen)
- NEXUS VeLis (Hauskammerverwaltung für den Justizvollzug)

Für das laufende Jahr ist die Einführung einer Controllingsoftware für den gesamten Justizvollzug geplant.

2.7 Soziale Dienste der Justiz

Die Sozialen Dienste der Justiz sind vollständig mit Bildschirmarbeitsplätzen ausgestattet und werden seit Januar 2009 von der ZIT betreut. Die PC-Arbeitsplätze wurden zwischenzeitlich vollständig in die Domäne „justizvollzug“ integriert. Weiterhin wurde der Hardwarebestand auf den aktuellen Technikstand portiert.

Das bei den Sozialen Diensten eingesetzte IT-Fachverfahren ADSODI (Automatische, allgemeine Datenverarbeitung Soziale Dienste) wurde zwischenzeitlich vollständig durch die Software SoPart (**SozialPartner**) der Fa. Gauss-LVS abgelöst.

2.8 Ausblick

Die Konsolidierung der zur Verfügung gestellten modernen Informationstechnik hat für die Berliner Justiz unter dem Aspekt eines optimalen Mitteleinsatzes eine sehr hohe Priorität. Sie ist die Grundlage für eine regelmäßig fortschreitende Geschäftsprozessoptimierung in den Gerichten und Justizbehörden im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses.